



Amtliche Bekanntmachungen
Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
57/2021 (15. Dezember 2021)

Satzung zum Ordnungsverfahren gemäß § 62a LHG

vom 15. Dezember 2021

Aufgrund von § 8 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit § 62a Absatz 3 Satz 2 und § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10 Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg (im Folgenden LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des LHG und anderer Gesetze vom 26.10.2021 (GBl. S. 941) hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in seiner Sitzung am 09.12.2021 die folgende Ordnungssatzung beschlossen.

Das Rektorat hat dieser Satzung gemäß § 62a Abs. 3 Satz 2 LHG am 09.12.2021 zugestimmt.

§1 Ordnungsverstoß

Eine Studierende oder ein Studierender begeht einen Ordnungsverstoß gemäß 62a Abs. 1 LHG, wenn sie oder er

1. durch Anwendung von Gewalt, durch Aufforderung zur Gewalt, durch Bedrohung mit Gewalt oder durch einen schwerwiegenden oder wiederholten Verstoß gegen eine rechtmäßige Anordnung im Rahmen des Hausrechts
 - a) den bestimmungsgemäßen Betrieb einer Hochschuleinrichtung, die Tätigkeit eines Hochschulorgans, die Durchführung einer Hochschulveranstaltung oder in sonstiger Weise den Studienbetrieb beeinträchtigt, verhindert oder zu verhindern versucht oder
 - b) ein Mitglied oder eine Angehörige oder einen Angehörigen der Hochschule in der Ausübung ihrer oder seiner Rechte oder Pflichten erheblich beeinträchtigt oder von dieser Ausübung abhält oder abzuhalten versucht,
2. wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat, die zu Lasten eines Mitglieds oder einer oder eines Angehörigen der Hochschule geschehen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist und nach Art der Straftat eine Behinderung des Studiums oder der sonstigen Tätigkeit des Mitglieds oder der oder des Angehörigen droht,
3. im Bereich der Hochschule durch sexuelle Belästigung im Sinne des § 3 Absatz 4 des AGG vorsätzlich die Würde einer anderen Person verletzt.

§2 Ordnungsmaßnahmen

¹Gegen Studierende, die einen Ordnungsverstoß nach § 1 begangen haben, können Ordnungsmaßnahmen gemäß § 62a Abs. 2 LHG verhängt werden. ²Ordnungsmaßnahmen sind:

1. die Androhung der Exmatrikulation,
2. der Ausschluss von der Benutzung von Einrichtungen der Hochschule,
3. der Ausschluss von der Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen bis zu einem Semester,
4. die Exmatrikulation.

³Die Maßnahmen können kumulativ, zeitlich und inhaltlich abgestuft sowie im Fall der Wiederholung mehrfach ausgesprochen werden. ⁴Für den Fall einer zukünftigen Wiederholung eines Ordnungsverstoßes aus derselben Ziffer nach § 1 kann mit der Entscheidung nach § 5 Absatz 5 bereits eine Folgemaßnahme festgelegt werden.

§ 3 Ordnungsausschuss

(1) Der Senat bildet einen Ordnungsausschuss, dem folgende Mitglieder angehören:

1. Rektorin und Rektor oder die jeweilige Stellvertretung als Vorsitzende oder Vorsitzender (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHG),

2. <mindestens ein weiteres Mitglied, das durch den Senat zu bestimmen ist>,
 3. ein Mitglied aus der Statusgruppe der Studierenden (§ 62a Absatz 3 Satz 1 LHG).
- (2) Die Amtszeit des Mitglieds oder der Mitglieder nach Absatz 1 Nummer 2 beträgt vier Jahre, die Amtszeit der Studierenden beträgt ein Jahr.
- (3) ¹Der Ordnungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben. ²Sieht er davon ab, gelten die Regelungen der Gremienordnung des Senats entsprechend.

§ 4 Einleitung des Verfahrens

- (1) Das Ordnungsverfahren wird eingeleitet durch
 1. den Antrag eines Hochschulangehörigen oder -mitglieds,
 2. anderweitige Kenntniserlangung von Mitgliedern des Ordnungsausschusses oder der Rektorin bzw. des Rektors.
- (2) ¹Die Rektorin oder der Rektor stellt Ermittlungen über sämtliche Umstände an; dabei sind nicht nur belastende, sondern auch entlastende Umstände zu ermitteln. ²Je nach Ergebnis der Ermittlungen beruft die Rektorin oder der Rektor den Ordnungsausschuss ein oder sieht davon ab und stellt das Verfahren ein.

§ 5 Verfahren

- (1) ¹Im Fall der Einberufung des Ordnungsausschusses und für die weiteren Ermittlungen sind die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit zu wahren. ²Während des gesamten Verfahrens gilt die Unschuldsvermutung für die beteiligten Personen.
- (2) ¹Über die Sitzungen des Ordnungsausschusses wird Protokoll geführt. ²Der Ordnungsausschuss tagt nicht öffentlich.
- (3) ¹Ermittlungsmaßnahmen wegen eines Ordnungsverstoßes nach § 1 Nummer 2 dürfen nur vorgenommen werden, sofern der Verdacht besteht, dass die Studierenden, gegen die sich der Vorwurf richtet, eine Straftat im Sinne des deutschen Strafrechts begangen haben. ²Falls ein Ordnungsverstoß nach § 1 Nummer 2 Anlass für das Ordnungsverfahren ist, und die Strafverfolgungsbehörden einbezogen worden sind, ist das Strafverfolgungsverfahren abzuwarten. ³Das Ordnungsverfahren der Hochschule nach dieser Ordnung ruht in dieser Zeit bezogen auf diesen konkreten Vorfall.
- (4) ¹Studierende, gegen die sich der Vorwurf richtet, sind im Rahmen der Ermittlungen anzuhören. ²Die Anhörung kann schriftlich oder in einem persönlichen Gespräch, welches protokolliert wird, erfolgen.
- (5) ¹Die Ergebnisse der Ermittlungen werden dokumentiert. ²Nach Abschluss der Ermittlungen berät der Ordnungsausschuss über die Ermittlungsergebnisse auf Grundlage der vorliegenden Beweise.
- (6) ¹Kommt der Ordnungsausschuss zu dem Ergebnis, dass ein Ordnungsverstoß vorliegt, trifft er eine Entscheidung zur Verhängung einer Ordnungsmaßnahme. ²Sowohl die Entscheidung, ob eine Maßnahme verhängt wird als auch die Auswahl der Maßnahme erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. ³Studierende, gegen die sich der Vorwurf richtet, erhalten einen Bescheid über das Ergebnis des Ordnungsverfahrens.

§ 6 Mitwirkungspflichten

- (1) Sofern ein Ordnungsverstoß mit strafrechtlicher Relevanz vorliegt, haben Studierende, die den Ordnungsverstoß begangen haben, gegenüber der Hochschule mitzuteilen, dass eine rechtskräftige Verurteilung oder ein Strafbefehl vorliegen.
- (2) Verstoßen Studierende gegen die Mitteilungspflicht nach Absatz 1, ist dies im Rahmen der Entscheidung über eine Ordnungsmaßnahme zu berücksichtigen.

§ 7 Dokumentation

Die Hochschule dokumentiert folgende Daten der betroffenen Studierenden:

1. die Ergebnisse des Ordnungsverfahrens,
2. sämtlichen Schriftverkehr im Rahmen der Ermittlungen,
3. d der Entscheidung des Ordnungsausschusses sowie
4. die verhängte Ordnungsmaßnahme.

§ 8 Datenweitergabe; Mitteilung an die zuständige Strafverfolgungsbehörde

¹Die Daten des Ermittlungsverfahrens dürfen nicht an dritte Personen – gegebenenfalls jedoch an die zuständige Strafverfolgungsbehörde - weitergegeben werden. ²Wird eine Ordnungsmaßnahme nach § 2 Satz 1 Nummer 2 oder 3 verhängt, so sind die zuständigen Stellen hierüber zu informieren. ³An andere Personen oder Stellen darf eine Weitergabe der Informationen über das Verfahren nicht erfolgen.

§ 9 Inkrafttreten

¹Diese Satzung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Ludwigsburg, 15. Dezember 2021

Prof. Dr. Martin Fix, Rektor